

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

Mündliche Frage Sonderplenarsitzung mit Regierungskontrolle 06.04.2020

• **166. Frage von Frau Huppertz (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Ausgangssperre und der Zunahme häuslicher Gewalt**

Der Belgische Rundfunk titelte unlängst, dass durch den aktuellen Hausarrest zunehmen häusliche Gewalt könne. Davon gehen zumindest Fachleute aus, die sich mit dem Thema eingehend beschäftigen. Der Opferschutz muss in Zeiten von Corona daher an oberster Stelle stehen. Denn gerade jetzt, wo das öffentliche Leben lahm liegt, ist für Betroffene der Zugang zu Hilfestellen wie Prisma in Eupen schwierig.¹

Um die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen, gelten in vielen Ländern Ausgangsbeschränkungen und Kontaktverbote. Was jedoch im Kampf gegen die Pandemie schützen soll, könnte für Opfer häuslicher Gewalt zur zusätzlichen Gefahr werden. Denn für sie sind die eigenen vier Wände oft der gefährlichste Ort. Experten warnen nun eindringlich vor einem Anstieg sexueller und gewaltsamer Übergriffe zu Hause.

Experten warnen zudem, dass die Ausgangsbeschränkungen gerade auch für Kinder gefährlich werden können. Denn dort, wo es schon Gewalt gebe, werde sie noch einmal schlimmer, erklärte die Leiterin des Lehrstuhls Klinische Psychologie und Psychotherapie an der Universität des Saarlandes, Tanja Michael. Grund für eine "Verschärfung" sei der Umstand, dass nach der Schließung von Kitas und Schulen sowie weitgehenden Kontaktverboten wegen der Corona-Pandemie Familien auf sich zurückgezogen seien. Vor allem um betroffene Kinder müsse man sich nun "extrem sorgen", sagte die Professorin.²

Wenn also die Deutschsprachige Gemeinschaft im Rahmen von Hinweisen und Verhaltensmaßnahmen Ratschläge erteilt, müsste sie auch krisenbedingte Angebote für die bereit halten, die im Ernstfall die Schwächsten sind.

Daher meine Fragen:

- Sind besondere Maßnahmen im Rahmen der Corona-Krise notwendig und ins Auge gefasst worden?
- Wie kümmern sich die Sozialdienste vor dem Hintergrund der weitgehenden Abschottung um die Problemfälle?

¹ <https://brf.be/regional/1368662/>

² <https://www.spiegel.de/panorama/coronavirus-und-haeusliche-gewalt-wir-muessen-leider-mit-dem-schlimmsten-rechnen-a-85a95dba-eef6-4986-bf37-fed460027deb>

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

MINISTER FÜR GESUNDHEIT UND SOZIALES, RAUMORDNUNG UND WOHNUNGSWESEN

ANTONIOS ANTONIADIS

- **166. Antwort des Ministers Antoniadis auf die Frage von Huppertz (CSP) zur Ausgangssperre und der Zunahme häuslicher Gewalt**

Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat eine Kampagne lanciert, damit diese Problematik angesprochen wird. Gleichzeitig wurde von Prisma, der Polizei und der Telefonhilfe auf die Angebote hingewiesen.

Das hat dazu geführt, dass der BRF sich des Themas angenommen hat.

Außerdem wurde die Online-Kampagne auf Facebook über 200 Mal geteilt.

Auch in der bevorstehenden Hauswurfsendung der Regierung wird dieses Thema aufgegriffen und auf die Dienste hingewiesen.

Die Anlaufstelle Prisma bietet weiterhin eine Beratung und Unterstützung an.

Die Polizei versucht im Rahmen ihrer Möglichkeiten, Hilfe zu leisten. Die häusliche Gewalt ist immerhin ein Schwerpunktthema des Strategieplans. Außerdem hat sie spezielle Anweisungen von der Staatsanwaltschaft erhalten.

Bisher wurden bei der Staatsanwaltschaft nicht vermehrt Klagen eingereicht.

Auch Prisma hat aktuell keine Steigerung der Interventionen festgestellt.

Man rechnet damit, dass diese erst mit einer Verlängerung der Ausgangssperre auftreten könnten.

Was die Unterbringungskapazitäten angeht, könnte man im Falle einer Überbelegung in Absprache mit den Gemeinden auf die Notaufnahmewohnungen zurückgreifen.

Im Gegensatz zu der Quelle aus dem Saarland, die Sie erwähnen, haben die Schulen und die Kinderbetreuungseinrichtungen in Belgien und Ostbelgien geöffnet.

Das entspannt die Lage sicherlich in einigen Fällen.

In der Jugendhilfe stellen die Mitarbeiter in einigen Situationen eine gereizte Stimmung fest. Allerdings können sie nur von den Familien sprechen, die sie begleiten und nicht von der Allgemeinbevölkerung. Die Jugendhilfe ist nicht befugt, Stichprobenkontrollen in den Haushalten durchzuführen. Das wäre ohnehin unverhältnismäßig.

Trotz der teilweise gereizten Stimmung ist bisher auch in der Jugendhilfe keine Zunahme der Interventionen festzustellen.

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

Auf nationaler Ebene hat am 2. April die Arbeitsgruppe der interministeriellen Konferenz „droits des femmes“ getagt, um die aktuelle Situation zu analysieren.

Dort wurde festgehalten, dass, in Ermangelung von Kontrollmöglichkeiten in den Haushalten, der Schwerpunkt auf das Bewerben der Hilfsdienste gelegt wird.